



Rupert Scholz

Printausgabe vom 29.11.2006
DEBATTE

Das Insider-Spiel der Politik

Es gehört zu den gravierenderen Problemen unseres Landes, dass Politik bei uns in hohem Maße zu einem Insider-Spiel geworden ist – das, was Engländer und Amerikaner ein Goldfish Bowl nennen, ein nach außen abgeschlossenes Goldfisch-Glas mit übersichtlichem und kalkulierbarem Innenleben. Die Politiker machen die wesentlichen Entscheidungen unter sich aus, haben dafür über weite Strecken ihre eigenen Spielregeln entwickelt, und stellen sich einmal in vier Jahren dem Volk zur Wieder- oder Abwahl – je nachdem.

Man könnte sagen: So ist eben die repräsentative Demokratie; und ein Stück weit ist das auch richtig. Ich will mich hier nicht mit der Frage auseinandersetzen, ob wir mehr direkte, plebiszitäre Demokratie haben sollten (ich stehe dem eher skeptisch gegenüber). Was mich und meine Mitstreiter/innen im Konvent für Deutschland stört, ist vielmehr, dass das Insider-Spiel, die Herrschaft über die Spielregeln, sich auch auf die Wahlen selbst erstreckt, die ja eigentlich die entscheidende Kontroll-Instanz über das Treiben der Politiker sein sollen – gerade in einer repräsentativen Demokratie.

Belohnung zu vergeben

Mehr als 450 Preise. Für jeden neuen Abonnenten gibt es eine tolle Prämie. Klick Ich meine damit vor allem die Personalauswahl bei den Wahlen. Die Wähler können zwar allgemeine Richtungsentscheidungen treffen, indem sie die eine oder die andere Partei wählen; aber darauf, wer im einzelnen in die Parlamente kommt, haben sie kaum Einfluss. Die Parteien stellen die Kandidaten auf, und der Stimmbürger muss dieses Personalangebot entweder insgesamt annehmen oder verwerfen – eine wirkliche Auswahl hat er nicht. Und damit ist das Insider-Spiel schon geradezu hermetisch nach außen abgedichtet. Man bleibt unter sich; wer zum Spiel zugelassen wird, bestimmen die Parteien selbst. Dass das unserer Politik gut tut, kann niemand im Ernst behaupten.

Die Alternativlosigkeit bei der Personalauswahl ist sowohl bei der Listenwahl als auch im Wahlkreis gegeben. Im Wahlkreis merken es nur die meisten Leute nicht, weil da ja mehrere Kandidaten zur Wahl stehen. Aber es ist für jede Partei nur eine(r), und wenn der Wähler sich für eine bestimmte politische Richtung, also eine Partei entschieden hat, hat er nur den einen Kandidaten dieser Partei „zur Auswahl“; mit der Wahl eines anderen Kandidaten würde er eine Richtung unterstützen, die er nicht will. Wenn dann noch der Wahlkreis für eine Partei mehr oder weniger sicher ist, ist klar: Wer ins Parlament kommt, bestimmt die Partei.

Bei der Listenwahl ist die Alternativlosigkeit viel auffälliger und erregt daher auch mehr Anstoß. Die Parteien stellen für die Bundestagswahlen starre Listen auf, die die Wähler nur insgesamt akzeptieren oder ablehnen können. Damit bestimmen auch hier die Parteien, wer ins Parlament kommt. Das gibt ihnen erhebliche Macht – mehr Macht, als das Grundgesetz meinte, als es ihnen eine „Mitwirkung“ bei der politischen Willensbildung zuwies. Und ganz gewiss mehr Macht, als einer gesunden Balance zwischen Wähler- und Parteeinfluss entspricht.

Manche reden sogar von einer „Funktionärsherrschaft“. Sicher ist jedenfalls: Neue Ideen, Reformimpulse haben es in so einem in sich geschlossenen Goldfischglas schwerer als in einem offenen System, das die Wähler auch einmal personell gehörig aufmischen können. Und wenn die Wähler das nicht können, steigt die Politikverdrossenheit.

Dabei ist es zumindest auf der Listen-Ebene ganz einfach, Abhilfe zu schaffen. Man muss nur die starren Listen flexibel machen, d.h. die Entscheidung über die Reihenfolge auf der Liste dem Wähler überlassen. Dann bestimmen die Wähler, wer ins Parlament kommt; die Balance zwischen Parteien- und Wähler-Einfluss verschiebt sich ein beträchtliches Stück zugunsten der Wähler. Und auch nicht zu verachten: Die innerparteiliche Machtbalance verschiebt sich von den Partei- und Fraktionsführungen zu den vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Konvent für Deutschland hat deshalb vorgeschlagen, diese „kleine Reform mit großen Folgen“ durchzuführen – insbesondere dann, wenn die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre verlängert werden sollte. Denn eine solche Verlängerung ginge zu Lasten des Wählereinflusses und müsste – mindestens! – durch eine Stärkung der Wähler an der Wahlurne aufgewogen werden.

Auf der Wahlkreisebene ist eine solche Stärkung schwieriger. Sie ist auch nicht so vordringlich wie die Reform der Listenwahl, weil hier, wenn überhaupt, Funktionärseinfluss nur auf der lokalen Ebene zur Debatte steht. Der Konvent für Deutschland behält sich vor, auch dazu zu gegebener Zeit Vorschläge zu machen.

Professor Rupert Scholz (CDU) ist ehemaliger Bundesverteidigungsminister. Der Beitrag ist der Aufsatzsammlung „Reform der Reformfähigkeit Deutschlands“ des Konvents für Deutschland entnommen.